

Niederschrift
-öffentlicher Teil-

über die 5. Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses am Donnerstag, dem 16.01.2020, von 17:00 Uhr bis 17:56 Uhr, Beratungsraum "Békécsaba" des Neuen Rathauses (1. Etage), Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

gez. Zugehör

(Torsten Zugehör)
Vorsitzender

gez. Claußen

(Nicole Claußen)
Protokoll

Anwesenheitsliste

Name	Funktion Bemerkung
------	-----------------------

Stimmberechtigt

Torsten Zugehör	Ausschussvorsitzender
Franziska Buse	stimmberechtigtes Mitglied
Horst Dübner	stimmberechtigtes Mitglied
Reinhard Krause	stimmberechtigtes Mitglied
Stefan Kretschmar	stimmberechtigtes Mitglied
Dr. Bettina Lange	stimmberechtigtes Mitglied
Heiner Friedrich List	stimmberechtigtes Mitglied
Reinhard Rauschnig	stimmberechtigtes Mitglied
Volker Scheurell	stimmberechtigtes Mitglied

Nicht stimmberechtigt

Dr. Reinhild Hugenroth	beratendes Mitglied G: 17:55 Uhr (TOP 5)
------------------------	---

Verwaltung

Gerd Geier	Fachbereichsleiter Brand- und Katastrophenschutz
Frank Scholz	Fachbereich Bürger und Service Vertretung für Frau Julia Eichler
André Seidig	Leiter Justizariat
Jana Haustein	Fachbereich Gebäudemanagement

entschuldigt

Jochen Kirchner	Bürgermeister/Fachbereichsleiter Stadtentwicklung
-----------------	--

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde (Beginn: 17:00 Uhr)
4. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der 4. Sitzung vom 05.12.2019
5. Anfragen zu Informationsvorlagen, allgemeine Anfragen und Anregungen sowie Mitteilungen der Verwaltung

Protokollierung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses der Lutherstadt Wittenberg. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Mitgliedern fest.

TOP 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird **einstimmig** angenommen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde (Beginn: 17:00 Uhr)

Bürger Lausch weist darauf hin, dass die Glas- und Kleidercontainer an der Stirnseite seines Wohnhauses entfernt wurden. Er fragt nach den Gründen hierfür und bittet um Bereitstellung einer Übersicht zu weiteren Containerstandpunkten in der Dessauer Straße bzw. Apollensdorf.

TOP 4 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der 4. Sitzung vom 05.12.2019

Der **Vorsitzende** lässt über die vorliegende Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen : 8

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 1

TOP 5 Anfragen zu Informationsvorlagen, allgemeine Anfragen und Anregungen sowie Mitteilungen der Verwaltung

SR Scheurell berichtet – in seiner Funktion als Mitglied im Kreiselternrat – über das an Grundschulen stattfindende Fahrradprojekt. Von den für die Heinrich Heine Grundschule bereitgestellten Fahrrädern sind insgesamt drei nicht mehr funktionstüchtig. Zwei wurden bereits durch die Eltern neu beschafft. Er fragt, ob das dritte Fahrrad durch die Stadt finanziert werden könnte. In Jessen werde ein Anhänger für den Verleih der Fahrräder an Schulen bereitgestellt.

SR Rauschnig ergänzt, dass grds. jedes Kind sein eigenes Fahrrad nutzt und nur in Ausnahmefällen eines gestellt wird. Da bereits neue Fahrräder beschafft wurden, ist eine weitere Neuanschaffung durch die Stadt nicht notwendig. Zudem wird der Verleih in Jessen durch „Intersport Klöpping“ organisiert.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die Kinder vorrangig ihre eigenen Fahrräder verwenden sollen, um mit deren Umgang vertraut zu werden.

SR Kretschmar meint, dass Leihfahrräder für die auswärtigen Schüler – bspw. die Grieböer Kinder, welche die Reinsdorfer Grundschule besuchen – notwendig sein könnten. Da der Fahrradparcours jedoch nacheinander absolviert wird, könnten die Kinder die Fahrräder in Ausnahmefällen auch untereinander tauschen.

SR List merkt an, dass die Rubrik bzgl. der Geburtstage ab 75 im Amtsblatt „Die neue Brücke“ entfernt wurde. Er bittet um Überprüfung und die Neuaufnahme von diesem Service.

Zudem fragt er, ob es möglich ist, den Tarif für die Schwimmhalle in Piesteritz anzupassen, sodass ein Ticket nicht für volle zwei Stunden, sondern für nur eine Stunde erworben werden kann. Besonders für die älteren Herrschaften sei ein Zwei-Stunden-Tarif unangemessen, da sie ohnehin nicht so lange schwimmen können.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass die Rubrik veröffentlicht wurde und ruft parallel das Amtsblatt über die Homepage der Stadtverwaltung auf.

Bzgl. der Tarifierpassung liegt die Entscheidung beim Aufsichtsrat der Bäder- und Freizeit GmbH. Er weist jedoch darauf hin, dass die Preise die zweitgünstigsten in der gesamten Region und somit sozialverträglich sind. Zudem müsse sich das Schwimmbad auch refinanzieren, sodass eine Kalkulation notwendig ist.

SR Dübner bezieht sich auf die Informationsvorlage IV-072/2019 – Genehmigungsverfügung 1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung 2019/2020. Dieser ist zu entnehmen, dass die Verpflichtungsermächtigungen nur i. H. v. 8,1 Mio. EUR genehmigt werden. Er fragt, wie mit der Differenz i. H. v. 2,5 Mio. EUR umgegangen wird und welche Folgen sich hieraus ergeben.

Zudem wird auf Seite 2 verfügt, eine Haushaltssperre in Höhe der Fehlbeträge aus den Jahren 2019 und 2020 aufzuerlegen. Da der Haushalt generell gesperrt ist, fragt er, was der Kommunalaufsichtsbehörde seitens der Verwaltung angezeigt wurde.

Unter dem Punkt 9.4 wird die Verwaltung beauftragt, den Stadtrat quartalsweise über die Situation zu informieren. Er bittet, in diesem Quartalsbericht zu ergänzen, welche Konsequenzen sich für die Finanzplanung und den Nachtragshaushalt ergeben.

Weiter möchte er wissen, ob die Spende der Stickstoffwerke Piesteritz GmbH zusätzlich zu den ca. 700.000 EUR Fördermitteln verwendet wird.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die Spende der Stickstoffwerke Piesteritz GmbH nicht als Eigenanteil, sondern zusätzlich zu den Fördermitteln verwendet wird. Zudem wurde ausdrücklich seitens des Spenders gewünscht, die Mittel für alle Grundschulen zu verwenden, nicht für die Schüler im Einzelnen. Somit sind auch die Schüler der Evangelischen Grundschule mit eingeschlossen.

SR Dübner fragt weiter nach dem Sachstand zur Beantragung der Fördermittel.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass zunächst eine Anlaufberatung beim Landkreis stattfindet, um die Beteiligten hinsichtlich der Richtlinie zu schulen. Jede Schule muss ein Medienkonzept erstellen. Um einheitliche Standards gewährleisten zu können, ist Frau Brachwitz (Betriebsleiterin Eigenbetrieb KommBi) bereits mit den Schulleitern in Kontakt getreten.

SR Dübner bittet um Informationen zum aktuellen Stand bzgl. der Forderungen der Stadt an das Land aus dem Reformationsjubiläum.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass in einem Gespräch mit dem Finanzminister und einigen Kollegen am 10.01.2020 in Magdeburg die einzelnen Positionen dargelegt wurden. Besonders wichtig war ihm, darzustellen, dass es sich rein formal um ein Verfahren in Bezug auf einen Zuschuss aus dem Ausgleichsstock handele. Auf dieses Verfahren wurde sich auf Grund eines Beschlusses des Kabinetts verständigt. Im materiellen Sinne macht die Stadt Ansprüche aus der Rahmenvereinbarung geltend. Nach einem Austausch zwischen Frau Beyer und ihm wurden einige Positionen (u. a. die Personalkosten) in einem neuen Schriftsatz, welcher am Montag versendet wurde, erläutert. Eine Reaktion hierauf folgte bisher nicht.

SR Dübner meint, es sei fast ein Jahr vergangen, seit das Schreiben des ehemaligen Finanzministers der Stadt zugegangen ist. Von der ursprünglichen Forderungssumme i. H. v. 4,476 Mio. EUR bleiben, nach Abzug der Abschlagszahlung, noch 3,476 Mio. EUR übrig. Er fragt, ob die Zahl aktuell ist, oder Korrekturen vorzunehmen sind. Er zieht es in Betracht, einen Antrag auf Überprüfung der Realisierung der im damaligen Schreiben gemachten Versprechen, zu stellen.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass sich die Forderungen auf insgesamt ca. 6 Mio. EUR belaufen. Hiervon betreffen 2,4 Mio. EUR den repräsentativen Bereich, dessen Positionen nach Aufforderung der Staatskanzlei eingereicht wurden. Die restliche Summe betrifft die Forderungen aus dem Baugeschehen. Hier müssen aktuell noch die Verwendungsnachweise geprüft werden. Dieses Verfahren soll im Juli seinen Abschluss finden. Der Kabinettsbeschluss bestätigt die Prüfung des Antrages der Stadtverwaltung zum Ausgleichsstock.

SR Dübner zieht es in Betracht, einen Antrag an den Stadtrat zu formulieren, nach dem eine Klage angestrebt wird. Grund hierfür sind die aktuellen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung.

Außerdem bezieht er sich auf eine vergangene Sitzung, in welcher der Vorsitzende das Angebot unterbreitete, den neuen Geschäftsführer des Paul-Gerhardt-Stiftes einzuladen. Die Fraktion habe sich bereits mit den Informationen zur Krankenhausplanung beschäftigt, jedoch sind einige Inhalte erklärungsbedürftig.

In einer Bauausschusssitzung wurden die Fraktionen aufgefordert, Fragen zur Nordumfahrung in einem Fragenkatalog zusammenzufassen. Er habe bereits in der Sitzung angemerkt, dass es schwer ist, Fragen zu formulieren, sofern der Informationsstand nicht klar ist. Er hat darum gebeten, eine zusammengefasste Information zu erhalten. Auch sollte ein Brief an das zuständige Ministerium versendet werden, welches in Zusammenarbeit mit allen Bürgermeistern erarbeitet werden sollte. Er fragt, ob der Verwaltung mittlerweile eine solche zusammengefasste Information vorliegt.

Der **Vorsitzende** sagt, er habe sich mit dem neuen Geschäftsführer Herrn Lauterbach darauf verständigt, eine städtische Veranstaltung – vielleicht sogar im Krankenhaus – nach den ersten Terminen im Jahr zu planen. Hierbei könnte der Geschäftsführer sich selbst, als auch die Pläne für das Krankenhaus vorstellen. Regeltermine zwischen ihm und dem Vorsitzenden finden aller zwei Monate, der nächste Anfang Februar, statt.

Der **Vorsitzende** informiert über eine am 27.01.2020, um 16:00 Uhr stattfindende außerordentliche Betriebsausschusssitzung des Entwässerungsbetriebes. Hier soll die Beauftragung der Beteiligten und Anwälte bzgl. der vorzeitigen Beendigung der Crossboarderleasingverträge beschlossen werden. Ausschlaggebend hierfür war eine Anfrage von SR Loos. Die tatsächliche Beendigung der Verträge würde dann der Stadtrat beschließen.

SR Dübner merkt an, dass es einen Beschluss des Betriebsausschusses des Entwässerungsbetriebes geben müsste, welcher sinngemäß den Geschäftsführer in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Beratern beauftragt, die Entwicklung auf dem amerikanischen Markt zu verfolgen und regelmäßig zu informieren, ob Gefahr droht. Seit 2002 sind diese Geschäfte in den USA verboten. Einige Kommunen vor allem im Ruhrgebiet, seien mit hohen Beträgen zur Kasse gebeten worden. Er meint, dass u. a. die Crossboarderleasingverträge die Finanzkrise zu verschulden haben. Wenn eine vorzeitige Beendigung der Verträge möglich ist, sollte dies schnellstmöglich abgewickelt werden.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die Banken damals im Triple-A Rating im Rahmen des Upgrades herabgestuft wurden. Diese Sicherheit wurde dann durch eine Staatsanleihe ausgetauscht.

SRin Dr. Lange bezieht sich auf die Einladung zur Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus und kritisiert den Termin hierfür. Um 11:30 Uhr könne niemand, der seiner Arbeit nachgeht, an der Veranstaltung teilnehmen.

Der **Vorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:56 Uhr.